

Infobrief der KI zu den Haushaltsberatungen 2015

Der Haushalt soll die Weichen für die Zukunft der Stadt und ihrer Bürger stellen. Das bedeutet, dass sich die finanziellen Aspekte aller Ziele, die wir in der Vergangenheit beschlossen haben, in den Haushaltsausgaben wiederfinden müssen.

Das sind **beispielsweise** für den Verkehr die **Klimaziele**, die Ziele im **Verkehrsentwicklungsplan** und in den grundsätzlichen Planungen der letzten Jahre. Wie die Ringstraßenplanung oder der Umbau zu einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt, die auf den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV setzt. Die neuen Zahlen des „Modal-Split“ zeigen jedoch eindeutig. Der Umstieg auf den ÖPNV hat nicht stattgefunden. Schlimmer noch, die PKW-Dichte hat massiv zugenommen. Der Verkehrsentwicklungsplan ist in dieser Hinsicht gescheitert.

Die Millionen, die für die Ringstraße ausgegeben wurden haben - wie nicht anders zu erwarten war – eben nicht zu einem automatischen Umstieg auf den ÖPNV geführt. Da wird es auch nicht viel nutzen, wenn jetzt im Klimakonzept erneut die Verdoppelung der ÖPNV Nutzung propagiert wird.

Wo bleiben die notwendigen Schritte? Weder werden Mittel für Verkehrslenkung und Parkraumbewirtschaftung bereitgestellt noch Zuschüsse an die Stadtbusse für das Ein-Euro-Ticket, den fahrscheinlosen Nahverkehr für Jugendliche und verbesserte Park & Ride Angebote.

Was den Ausbau des Radwegenetzes angeht, hat Aschaffenburg gerade eben in einem regionalen Vergleich eine **ganz miese Note** bekommen. Da liegt Aschaffenburg bei den Radwegen ungefähr auf dem Rang Russlands was die Pressefreiheit angeht.

Allein mit guten Worten und „wir hätten uns das gewünscht“ werden wir diesen Umstieg nicht hinbekommen. Ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel, wie von uns gefordert, wird es keinen Umstieg auf den Umweltverbund geben.

Auf dem Feld der **Bildungsausgaben** beleuchten die Zahlen des Haushalts eine weitere Schwachstelle. Wir geben für Schul- und Kindergartengebäude viel Geld aus. Die Fehler der bayrischen Staatsregierung bei der frühkindlichen Bildung werden aber durch den Stadtrat nicht korrigiert. Wenn die Staatsregierung die frühkindliche Bildung vom Geldbeutel abhängig macht, darf die Stadt sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Jeder Euro für die frühkindliche Bildung spart die Stadt auf mittlere Sicht ein Vielfaches an Sozialausgaben. Daher fordert die KI kostenfreie Kindergärten und die Bereitstellung der Mittel dafür.

Die Sozialausgaben als dritte Weichenstellung im Haushalt benötigen eine Ergänzung. Die Sozialausgaben steigen, weil die Armut in unserem Land steigt. Der neue Armutsbericht ist ein Alarmsignal. Dafür kann die Kommune nichts, das liegt in der Verantwortung der jeweiligen Regierungen, die hier seit Jahren versagen, aber es belastet die Kommunen. Die Einkommensgrenzen für den **Sozial- und Kulturpass** sind deshalb anzuheben. Auch Menschen, deren Einkommen über dem Hartz4-Satz und der Sozialhilfegrenze liegt, sollen die Möglichkeit bekommen, die entsprechenden Angebote wahrzunehmen.

Der Einwand, es sei dafür kein Geld da, wir hätten die Mittel nicht, ist falsch und wird auch durch ständiges Wiederholen nicht besser. Haushaltswahrheit und -klarheit werden seit langem ignoriert. Der städtische Haushalt besteht nicht nur aus der Vorlage, die jetzt im Stadtrat behandelt wird. Es geht also nicht nur um 247 Millionen Euro, sondern um ein Mehrfaches, grob geschätzt um 544 Millionen Euro. Wir haben

Neben- und Schattenhaushalte von Eigenbetrieben und städtischen Unternehmen, die Gewinne bunkern, statt Überschüsse in allererster Linie für gemeinnützige Aufgaben einzusetzen. Wir haben die **Sparkasse** als kommunale Bürgerbank, die ebenfalls ihre Gewinne gemeinnützig anlegen kann und muss. Die Gesamtbetrachtung all dieser Haushalte und Finanzmittel ist wichtig und nötig! Wir sind der Meinung, dass viele Kürzungen unnötig und Sparprogramme Gift für die Menschen in der Stadt sind. Geld dafür wäre genug da, es wird nur an den falschen Stellen gehortet.

Zwischen CSU, SPD und der KI gibt es selten Gemeinsamkeiten in wichtigen Fragen. Wir begrüßen daher ganz besonders, dass wir in Bezug auf die **Gewinnabführung der Sparkasse** offensichtlich seit langem übereinstimmen. Zumindest verbal. Bereits 2012, als die Haushaltslage noch nicht so angespannt war, hatte Peter Schweickard (CSU) vorgeschlagen, dem Haushalt 5 Millionen Euro aus den **Gewinnen der Sparkasse** zuzuführen. Wolfgang Giegerich von der SPD hat seinerzeit diesen Vorschlag unterstützt.

Angesichts der notwendigen Mehrausgaben wäre es jetzt höchste Zeit, diesen vernünftigen und sachgerechten Vorschlag endlich umzusetzen. Da ja beide Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse sind, dürfte einer Umsetzung nichts im Wege stehen. Vor allem angesichts der hohen Sparkassengewinne. **Wir sind gespannt, ob diesmal Taten folgen.**

Starke Schultern können mehr tragen als schwache! Die KI befürwortet eine maßvolle Anhebung kommunaler Steuern – vor allem der **Gewerbsteuer** als Unternehmenssteuer! Die Anhebung der Gewerbesteuer um 0,5 Prozent tut keinem Unternehmen wirklich weh. Etwas höhere Hebesätze für die **Grundsteuer B** sind ebenfalls geeignet, eine gerechtere Beteiligung **aller** Bürger an den Ausgaben für das Gemeinwohl zu erreichen. Für Menschen im unteren Einkommensbereich, ob Mieter oder Häuslebesitzer kann diese Erhöhung durch eine Senkung der Strom- und Gaspreise kompensiert werden. **Es ist ein Unding, dass die Stadtwerke jeweils Steigerungen der Energiepreise ohne wenn und aber auf ihre Kunden abwälzen, die deutlichen Preissenkungen der letzten Monate aber nicht weitergeben.**

Natürlich will auch die KI sparen, wo es sinnvoll ist. Ein Beispiel sind die unnötigen **Zuschüsse für die Zentec**, für Industrie und die Unternehmen am fränkischen Untermain von Collenberg bis Alzenau. Von diesen Ausgaben hat die Stadt bislang nichts gehabt, es wird noch nicht einmal Werbung für die Region „Aschaffenburg“ gemacht Die Unternehmen jedoch, die von den Ergebnissen der Zentec-Projekte profitieren, beteiligen sich finanziell gar nicht an dieser Gesellschaft. Diese einseitige Wirtschaftsförderung von rund 200.000 Euro pro Jahr ist zu beenden, wie wir das seit Jahren (vergeblich) fordern.

Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung sind zentrale Forderungen der KI. Wir bleiben bei der Forderung nach einem **Bürgerhaushalt**. Das Beispiel Darmstadt zeigt wie eine Großstadt durch die Einbeziehung der Kreativität der Bürger ihren Haushalt breit diskutiert und erstellt. Das macht uns ein „grüner“ Bürgermeister mit seiner schwarz/grünen Mehrheit vor. Wir fordern den Stadtrat auf, mit uns diesen neuen Weg zu gehen. Das erfordert zunächst mehr Arbeit, das braucht Mut und den Verzicht auf eine ideologische Sichtweise. Damit betreten wir zusammen mit den Bürgern Neuland. **Zum Wohle der Stadt und den Menschen die hier leben.**

Februar 2015

Johannes Büttner, Dr. Andreas Schubring, Wolfgang Helm